

Beilage 1912/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen
Landtags

betreffend den Austritt Österreichs aus Euratom und die Gründung
einer Europäischen Gemeinschaft für Alternativenenergien

Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung
dafür einzusetzen, dass diese mit den europäischen Vertragspartnern
Verhandlungen aufnimmt

1. über einen Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag und eine
Zuführung jener österreichischen Zahlungen, die bisher der
Europäischen Atomgemeinschaft zugeflossen sind, zweckgebunden
zur Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der alternativen
Energieformen in Österreich sowie
2. über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für die
Weiterentwicklung von Alternativenenergien, in die künftig die
bisherigen Zahlungen zugunsten von Euratom eingebracht werden
könnten.

Begründung

Dass die Österreicherinnen und Österreicher, die sich 1978 per
Volksabstimmung mehrheitlich gegen die Nutzung der Kernenergie
ausgesprochen haben, durch die Euratom-Mitgliedschaft Österreichs die
Forschung auf dem Nukleargebiet, die Versorgung mit radioaktivem
Material und insbesondere den Neubau bzw. die Instandhaltung von
Kernkraftwerken (auch an den heimischen Grenzen) mitfinanzieren müssen,
ist nicht zu akzeptieren. Es verwundert daher nicht, dass sich Umfragen
zufolge 78 Prozent der ÖsterreicherInnen für einen Euratom-Austritt
aussprechen.

Die Bundesregierung ist daher gefordert, entsprechend dem mehrheitlichen
Wunsch der Bevölkerung in einem ersten Schritt im Verhandlungswege
einen Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag zu erreichen. Jene frei
werdenden Gelder, die aus den österreichischen
EU-Mitgliedsbeiträgen aliquot an Euratom fließen, sollen zweckgebunden für
die heimische Forschung und Entwicklung von alternativen Energieformen
verwendet werden.

In einem weiteren Schritt könnten diese Mittel in eine neu zu gründende
Europäische Gemeinschaft, die europaweit die Weiterentwicklung auf dem
Gebiet der ökologischen und nachhaltigen Energien vorantreibt und die
nationalen Ökoenergieprogramme vernetzt, eingebracht werden.

Damit würden Gelder, die aus Österreich und anderen Atomenergie
ablehnenden Mitgliedsländern stammen und bisher der Atomindustrie
zugute kamen, in die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien und
Energieeffizienzmaßnahmen verwendet werden können. Den Versuchen
der Atomlobby, die Atomenergie als CO₂-freundliche Klimaalternative zu
positionieren, müssen
die atomkraftfreien Länder wie Österreich ein markantes Signal entgegen

setzen. Denn die europäische Energiezukunft kann nicht in der Nutzung der riskanten Atomkraft liegen, sondern in der Forcierung nachhaltiger, alternativer Energieformen.

Linz, am 15. Juni 2009

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Pilsner, Schreiberhuber, Kapeller, Makor-Winkelbauer, Röper-Kelmayr, Schmidt, Schenner, Lischka, Kraler, Prinz, Mann, Bauer, Sulzbacher, Lindinger, Chansri, Mühlböck, Jahn

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Wageneder, Trübswasser

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Brunner, Frauscher, Hüttmayr, Bernhofer, Schillhuber, Schürerer, Lackner-Strauss, Mayr, Stelzer, Pühringer, Ecker, Brandmayr, Baier, Eisenrauch, Steinkogler, Entholzer, Kiesel, Weixelbaumer, Weinberger, Jachs, Hingsamer, Aichinger